

Niederschrift

über die 4. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Recht, Sicherheit und Sport
am Dienstag, 3. September 2024, 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel

4. September 2024
1 von 11

Anwesende:

Mitglieder

Vera Wilmes, Vorsitzende, CDU
Alfons Fler, 1. stellv. Vorsitzender, B90/Grüne
Manuela Ernst, 2. stellv. Vorsitzende, FDP
Mustafa Gündar, Mitglied, B90/Grüne
Kerstin Linne, Mitglied, B90/Grüne
Anja Lipschik, Mitglied, B90/Grüne (Vertretung für Frau Julia Herz)
Anke Bergmann, Mitglied, SPD (Vertretung für Herr Mirko Düsterdieck)
Wolfgang Decker, Mitglied, SPD (Vertretung für Frau Katja Wurst)
Volker Zeidler, Mitglied, SPD (bis 18.41 Uhr)
Jan Hörmann, Mitglied, CDU
Ali Timtik, Mitglied, parteilos
Sven René Dreyer, Mitglied, AfD (Vertretung für Herr Michael Werl)

Teilnehmer mit beratender Stimme

Ibrahim Ishaq Hussein, Vertreter des Ausländerbeirates (bis 18.45 Uhr)
Carola Hiedl, Vertreterin des Behindertenbeirates

Magistrat

Heiko Lehmkuhl, Stadtrat, CDU

Schriftführung

Sabine John, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:

Matthias Grund, Mitglied, CDU
Jennifer Rieger, Stadtverordnete, Die PARTEI

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Ulrike Pflüger-Scherb HNA
Ingo Happel-Emrich, Feuerwehr
Adriana Cancar, Dezernat für Ordnung, Sicherheit und Sport

Tagesordnung:

2 von 11

- | | |
|---|-------------|
| 1. Installation verstellbarer Basketballkörbe | 101.19.1124 |
| 2. Finanzielle Förderung von Festen und Veranstaltungen | 101.19.1186 |
| 3. Kasseler Warnsystemkonzept | 101.19.1194 |
| 4. Bericht über die Entwicklung der Sicherheitsauflagen der Kasseler Volksfeste | 101.19.1199 |
| 5. Waffenverbotszone | 101.19.1204 |
| 6. 4. Dienstgruppe der Stadtpolizei Kassel | 101.19.1205 |
| 7. Weitere Schwimmflächen prüfen | 101.19.1208 |

Vorsitzende Wilmes eröffnet die mit der Einladung vom 27. August 2024 ordnungsgemäß einberufene 4. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit und Sport, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Stadtverordneter Zeidler, SPD-Fraktion, stellt für seine Fraktion den Antrag, die Tagesordnungspunkte
5 betr. **Waffenverbotszone**, 101.19.1204, und
6 betr. **4. Dienstgruppe der Stadtpolizei Kassel**, 101.19.1205,

gemeinsam zur Beratung aufzurufen.

Vorsitzende Wilmes stellt diesen Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit und Sport fasst bei

Zustimmung: SPD, AfD

Ablehnung: B90/Grüne, CDU, DIE LINKE, FDP

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Antrag der SPD-Fraktionen für den gemeinsamen Aufruf der Tagesordnungspunkte 5 und 6 wird **abgelehnt**.

Stadtverordneter Decker, SPD-Fraktion, stellt für seine Fraktion den Antrag, die Tagesordnungspunkte

3 von 11

**2 betr. Finanzielle Förderung von Festen und Veranstaltungen, 101.19.1186, und
4 betr. Bericht über die Entwicklung der Sicherheitsauflagen der Kasseler
Volksfeste, 101.19.1199,**

gemeinsam zur Beratung aufzurufen.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Vorsitzende Wilmes stellt die so geänderte Tagesordnung fest.

1. Installation verstellbarer Basketballkörbe

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen B90/Grüne, CDU und FDP
- 101.19.1124 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, zu prüfen, inwieweit die Installation der in der Höhe verstellbaren Basketballkörbe in geeigneten Sporthallen und Schulsportstätten bei Neubau sowie in Bestandsbauten bei defekten Körben möglich ist und welche Mehrkosten damit verbunden wären.

Stadtrat Lehmkuhl gibt einen kurzen Einblick zum Thema und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit und Sport fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen B90/Grüne, CDU und FDP betr.
Installation verstellbarer Basketballkörbe, 101.19.1124, wird **zugestimmt**.

4 von 11

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Linne

Die Tagesordnungspunkte 2 und 4 werden gemeinsam aufgerufen. Die Abstimmungen erfolgen getrennt.

2. Finanzielle Förderung von Festen und Veranstaltungen

Antrag der SPD-Fraktion
- 101.19.1186 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung bekennt sich zu ihren Volksfesten, wie dem Zissel, der Wehlheider Kirmes, der Entenkirmes, den Karnevalsveranstaltungen sowie zu den inzwischen vielfältigen Straßen- und Quartiersfesten und Veranstaltungen wie z.B. dem Tag der Erde, dem Quartierfest Vorderer Westen, dem Frühlingsfest am Schlachthof, dem Dorfplatzfest in Bettenhausen, dem Kassel-Marathon etc. als feste Bestandteile der Kasseler Stadtkultur.
2. Um auch in Zukunft deren Durchführung noch zu ermöglichen, hält die Stadtverordnetenversammlung eine finanzielle Unterstützung auch dieser Feste und Veranstaltungen für dringend notwendig. Vor allem, um die Vereine und Organisatoren bei der Bewältigung der inzwischen erheblichen Kosten für die notwendigen Sicherheitsauflagen im auskömmlichen Maße finanziell zu unterstützen.
3. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat daher auf, umgehend ein Förderkonzept zu entwickeln, auf dessen Grundlage aus städtischen Haushaltsmitteln die erforderlichen finanziellen Unterstützungen zukünftig geleistet werden können.
4. In diesem Zusammenhang weist die Stadtverordnetenversammlung auf die mit Beginn der neuen Legislaturperiode des Landtages festgelegte Zielsetzung der regionalen Kulturförderung hin, in deren Rahmen u.a. traditionelle Volksfeste, Märkte und Veranstaltungen zwecks deren Erhalt gestärkt werden sollen. Sich daraus ergebende mögliche Synergieeffekte sollten vom Magistrat geprüft werden.

Stadtverordneter Decker, SPD-Fraktion, begründet den Antrag seiner Fraktion.

Stadtrat Lehmkuhl gibt einen kurzen Bericht zum Thema und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Auf Anfrage von Frau Lipschik, Fraktion B90/Grüne, sagt Stadtrat Lehmkuhl die schriftliche Beantwortung zur Niederschrift zu.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit und Sport fasst bei

Zustimmung: SPD, DIE LINKE, AfD

Ablehnung: B90/Grüne, CDU, FDP

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der SPD-Fraktion betr. Finanzielle Förderung von Festen und Veranstaltungen, 101.19.1186, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Decker

4. Bericht über die Entwicklung der Sicherheitsauflagen der Kasseler Volksfeste

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen B90/Grüne, CDU und FDP
- 101.19.1199 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Wir bitten den Magistrat, in einer der nächsten Sitzungen über die Entwicklungen zur Zukunftssicherung der Kasseler Volksfeste zu berichten.

Stadtrat Lehmkuhl gibt einen kurzen Bericht zum Thema und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Auf Anfrage von Frau Lipschik, Fraktion B90/Grüne, sagt Stadtrat Lehmkuhl die schriftliche Beantwortung zur Niederschrift zu.

Aufgrund des Berichtes von Stadtrat Lehmkuhl zieht Stadtverordnete Lipschik, Fraktion B90/Grüne, den gemeinsamen Antrag der Fraktionen B90/Grüne, CDU und FDP zurück.

Der Antrag wurde von den Antrag stellenden Fraktionen zurückgezogen.

3. Kasseler Warnsystemkonzept

6 von 11

Gemeinsame Anfrage der Fraktionen B90/Grüne, CDU und FDP
- 101.19.1194 -

Gemeinsame Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Existiert ein spezifisches Warnsystemkonzept für Kassel?
2. Welche Institutionen oder Behörden sind an der Entscheidungsfindung bezüglich Warnungen beteiligt?
3. Wer entscheidet letztlich darüber, ob eine Warnung erfolgt oder nicht?
4. Welche territorialen Grenzen werden im Rahmen des Warnsystems berücksichtigt (Kassel/Kassel Land)?
5. Welche Warnmittel werden derzeit eingesetzt und aus welchen Gründen?
6. Welche Kriterien werden bei der Auslösung von Warnungen berücksichtigt?
7. Wie werden das Warnsystem und/oder die praktische Umsetzung regelmäßig evaluiert?

Stadtrat Lehmkuhl beantwortet die Fragen der gemeinsamen Anfrage der Fraktionen B90/Grüne, CDU und FDP.

Nach Beantwortung durch Stadtrat Lehmkuhl erklärt Vorsitzende Wilmes die Anfrage für erledigt.

4. Bericht über die Entwicklung der Sicherheitsauflagen der Kasseler Volksfeste

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen B90/Grüne, CDU und FDP
- 101.19.1199 -

Der Tagesordnungspunkt wurde vorgezogen und nach Tagesordnungspunkt 2 behandelt.

5. Waffenverbotszone

Antrag der SPD-Fraktion
- 101.19.1204 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, ob eine Waffenverbotszone mit klar festgelegten Grenzen im Bereich rund um die Friedrich-Ebert-Straße zwischen Annastraße und Bürgermeister-Brunner-Straße dauerhaft eingerichtet werden kann.

7 von 11

Stadtverordneter Zeidler, SPD-Fraktion, begründet den Antrag seiner Fraktion.

Stadtrat Lehmkuhl gibt einen kurzen Einblick zum Thema und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ursprungsantrag wird auf Antrag des Stadtverordneten Hörmann, CDU-Fraktion, zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit und Sport fasst bei

Zustimmung: B90/Grüne, SPD, CDU, FDP, AfD

Ablehnung: DIE LINKE

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag der SPD-Fraktion betr. Waffenverbotszone, 101.19.1204, wird **zugestimmt**.

Im Laufe der Diskussion ändert Stadtverordneter Decker, SPD-Fraktion, den Antrag seiner Fraktion wie folgt ab.

➤ **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, ob eine Waffenverbotszone mit klar festgelegten Grenzen im Bereich rund um die Friedrich-Ebert-Straße zwischen Annastraße und Bürgermeister-Brunner-Straße **sowie die im Rahmen des bereits geplanten Sicherheitskonzepts genannten Straßen** dauerhaft eingerichtet werden kann.

Während der sich anschließenden Diskussion stellt Stadtverordneter Hörmann, CDU-Fraktion, den Antrag, dass auch über den ursprünglichen SPD-Antrag abgestimmt werden soll.

8 von 11

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit und Sport fasst bei

Zustimmung: SPD, AfD

Ablehnung: B90/Grüne, CDU, DIE LINKE, FDP

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der geänderte Antrag der SPD-Fraktion betr. Waffenverbotszone, 101.19.1204, wird **abgelehnt**.

Stadtverordneter Dreyer, AfD-Fraktion, begründet den Änderungsantrag seiner Fraktion, der als Tischvorlage vorliegt.

➤ **Änderungsantrag der AfD-Fraktion**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, ob eine Waffenverbotszone mit klar festgelegten Grenzen im Bereich rund um die Friedrich-Ebert-Straße zwischen Annastraße und Bürgermeister-Brunner-Straße dauerhaft eingerichtet werden kann **und beauftragt, ein Konzept zur permanenten Durchsetzung mit ständiger Präsenz ausreichender Sicherheitskräfte zur präventiven Kontrolle zu erarbeiten. Die Ergebnisse sind im Ausschuss Recht, Sicherheit und Sport zu berichten.**

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit und Sport fasst bei

Zustimmung: AfD

Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU, DIE LINKE, FDP

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Änderungsantrag der AfD-Fraktion betr. Waffenverbotszone, 101.19.1204, wird **abgelehnt**.

9 von 11

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Hörmann

6. 4. Dienstgruppe der Stadtpolizei Kassel

Antrag der SPD-Fraktion

- 101.19.1205 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die Stadtpolizei personell so aufzustocken, dass die Einrichtung einer „4. Dienstgruppe“ möglich wird.
Darüber hinaus wird der Magistrat aufgefordert, eine technisch und personell adäquate „Einsatzleitstelle“ aufzubauen, die für einen reibungslosen Einsatzablauf Gewähr bietet.

Stadtverordneter Zeidler, SPD-Fraktion, begründet den Antrag seiner Fraktion.

Die Fragen der Ausschussmitglieder werden von Stadtrat Lehmkuhl beantwortet.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit und Sport fasst bei

Zustimmung: SPD, AfD

Ablehnung: B90/Grüne, CDU, DIE LINKE, FDP

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der SPD-Fraktion betr. 4. Dienstgruppe der Stadtpolizei Kassel, 101.19.1205, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Timtik

7. Weitere Schwimmflächen prüfen

10 von 11

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen B90/Grüne, CDU und FDP
- 101.19.1208 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Wir beauftragen den Magistrat, die Nutzung von weiteren Schwimmflächen für den Schwimmunterricht an Schulen und für Freizeit- und Vereinssportler*innen zu prüfen.

Hierzu sollen Kooperationsmöglichkeiten mit Nachbargemeinden hinsichtlich der Nutzung ihrer Schwimmbäder unter Einbeziehung erweiterter Öffnungszeiten geprüft werden. Zusätzlich sollen alternative Schwimmflächen, wie Traglufthallen für Freibäder und mobile Schwimmbecken, in Betracht gezogen werden. Dabei ist sicherzustellen, dass die Bäder für den Schwimmunterricht regional und sozial ausgewogen erreichbar sind, um die Bedürfnisse aller Schulstandorte zu berücksichtigen.

Die Ergebnisse sollen im Ausschuss für Recht, Sicherheit und Sport vorgestellt werden.

Stadtverordneter Fleer, Fraktion B90/Grüne, begründet den gemeinsamen Antrag der Fraktionen B90/Grüne, CDU und FDP.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit und Sport fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen B90/Grüne, CDU und FDP betr. Weitere Schwimmflächen prüfen, 101.19.1208, wird **zugestimmt**.

Stadtverordnete Bergmann, SPD-Fraktion, begründet den Änderungsantrag ihrer Fraktion.

➤ **Änderungsantrag der SPD-Fraktion**

11 von 11

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Wir beauftragen den Magistrat, **die Aktivierung (Magistratsvorlage 101.19.550 vom 18.07.2022) und Realisierung des Lehrschwimmzentrum auf dem Gelände der Luisenschule sowie** die Nutzung von weiteren Schwimmflächen für den Schwimmunterricht an Schulen und für Freizeit- und Vereinssportler*innen zu prüfen.

Hierzu sollen Kooperationsmöglichkeiten mit Nachbargemeinden hinsichtlich der Nutzung ihrer Schwimmbäder unter Einbeziehung erweiterter Öffnungszeiten geprüft werden. Zusätzlich sollen alternative Schwimmflächen, wie Traglufthallen für Freibäder und mobile Schwimmbecken, in Betracht gezogen werden. Dabei ist sicherzustellen, dass die Bäder für den Schwimmunterricht regional und sozial ausgewogen erreichbar sind, um die Bedürfnisse aller Schulstandorte zu berücksichtigen.

Die Ergebnisse sollen im Ausschuss für Recht, Sicherheit und Sport **und im Ausschuss für Bildung, Jugend, Gesundheit und Gleichstellung** vorgestellt werden.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit und Sport fasst bei

Zustimmung: SPD, AfD

Ablehnung: B90/Grüne, CDU, DIE LINKE, FDP

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion betr. Weitere Schwimmflächen prüfen, 101.19.1208, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Ernst

Ende der Sitzung: 18:53 Uhr

Vera Wilmes
Vorsitzende

Sabine John
Schriftführerin

Dezernat für Ordnung, Sicherheit und Sport



Kassel, 4. September 2024
Heiko Lehmkuhl
Tel.: 787 -3601

An -16-

**Schriftliche Stellungnahme des Dezernates für Ordnung, Sicherheit und Sport
zum Koalitionsantrag 101.19.1199
Bericht über die Entwicklung der Sicherheitsauflagen der Kasseler Volksfeste**

In der vom Oberbürgermeister initiierten Arbeitsgruppe sind Veranstaltungsvertreter folgender Traditionsfeste bereits im Austausch mit dem Ordnungsamt sowie der Landespolizei: Zissel, Wehlheider Kirmes, Waldauer Entenkirmes und Gemeinschaft der Kasseler Karnevalsvereine. Ziel der Arbeitsgruppe ist die Gewährleistung einer hinreichenden Absicherung gegen Angriffe mit Kraftfahrzeugen sowie die Verbesserung der Sicherheitskonzepte der Veranstalter von Umzügen. Bei der Ausgestaltung der Absicherungsmaßnahmen wirkt die Stadt im Interesse der Beibehaltung der beliebten Umzüge im Zuge der Volksfeste auf ein für die jeweiligen Veranstalter leistbares Maß hin.

Jede Veranstaltung wird individuell vorab mit den Sicherheitsbehörden abgestimmt. Dabei wird die spezifische Gefährdungssituation seitens der Landespolizei berücksichtigt, was Auswirkungen auf den Umfang und die Art und Weise der Absicherungsmaßnahmen entfaltet. Bei Bedarf muss die Verwaltung in der Lage sein, externe Dienstleister zu beauftragen, da die Personalressourcen des städtischen Bauhofs eine Unterstützung auf Dauer nicht ermöglichen.

Durch die Reduzierung des negativen Zuschussbedarfs beim Ordnungsamt um den Betrag von 50.000 Euro stehen vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltes ab dem Jahr 2025 bereits finanzielle Mittel zur Unterstützung von Veranstaltern zur Verfügung.

Eine weitere Entlastung konnte bereits durch den Erlass der Sondernutzungsgebühren im Zeitraum vom 1. April 2023 bis 31. März 2024 für den Einzelhandel, die Gastronomie sowie das Schausteller- und Veranstaltungsgewerbe in Umsetzung des Stadtverordnetenbeschluss vom 27. März 2023 in Verbindung mit den Richtlinien über die Stundung, die Niederschlagung und den Erlass von Forderungen im Gesamtvolumen von rund 250.000 Euro erreicht werden.

Gez. Heiko Lehmkuhl
Stadtrat